

Rußland und Deutschland (II): bilaterale Beziehungen, wechselseitige Erwartungen, Szenarien

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1995). *Rußland und Deutschland (II): bilaterale Beziehungen, wechselseitige Erwartungen, Szenarien*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 40/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45623>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Rußland und Deutschland (II)

Bilaterale Beziehungen, wechselseitige Erwartungen, Szenarien

Zusammenfassung

Nach der erwartungsvollen Phase des sowjetisch-deutschen Vertrags vom November 1990 und der gemeinsamen Grundsatzerklärung Jelzin-Kohl vom November 1991 sind die russisch-deutschen Beziehungen im bilateralen Bereich gegenwärtig eher zwiespältig. Positive Impulse gab die feierliche Verabschiedung der letzten Kontingente der Westgruppe der Streitkräfte, die von beiden Seiten als symbolischer Akt für einen Neuanfang gewertet wurde. In konkreten Fragen allerdings gibt es neben erfolgsversprechenden Aspekten auch eine Reihe von Problemen, die das russisch-deutsche Verhältnis stören. Genannt seien: der illegale Handel mit Nuklearmaterial; das geringe Engagement Moskaus bei der Wiederherstellung der Staatlichkeit für die Rußlanddeutschen; die Divergenzen über die im Zuge der Kriegshandlungen nach Rußland verbrachten Kulturgüter. Auch auf wirtschaftlichem Felde ist die Bilanz eher gemischt: Mit einem Warenaustausch von 23 Mrd. DM 1994 bildet Deutschland zwar den weltweit größten Handelspartner Rußlands. Dagegen bewegen sich die deutschen Direktinvestitionen in Rußland auf einem für die Jelzin-Führung enttäuschend niedrigen Niveau. Am Schluß der Analyse steht die Frage: Welche Szenarien für die russisch-deutschen Beziehungen lassen sich angesichts der äußerst labilen Bestimmungsfaktoren in Rußland aufzeigen?

Bilaterale Beziehungen

Die vorangegangene Aktuelle Analyse (Nr. 39/1995) befaßte sich mit den russisch-deutschen Beziehungen als integralem Bestandteil gesamteuropäischer Kooperation. Diese Dimension wurde deshalb so stark hervorgehoben, weil an ihr eines deutlich wird: Der Charakter des bilateralen Verhältnisses zwischen beiden Staaten hängt ganz wesentlich vom Zustand des wechselseitigen Verhältnisses zwischen jenen internationalen Organisationen, Allianzen und Institutionen ab, in denen sie jeweils verankert sind. Zwar können gute russisch-deutsche Beziehungen wichtige Impulse für enge Partnerschaft und Kooperation in Europa geben; in diesem Sinne hat Jelzin wiederholt darauf verwiesen, daß Rußland und Deutschland als "die größten Staaten des Kontinents" die europäischen Prozesse ganz wesentlich beeinflussen können. Insgesamt jedoch gilt: Die russisch-deutschen Beziehungen können auf den verschiedenen Ebenen nicht wesentlich besser sein als das Verhältnis Rußlands zu internationalen Organisationen wie beispielsweise der Europäischen Union oder der Atlantischen Allianz. Dieser Umstand, der sich aus der festen politisch-kulturellen Verankerung Deutschlands im Westen ergibt, wird im Kalkül russischer Politiker, Berater und Wissenschaftler nicht immer genügend berücksichtigt, was in Moskau zu Fehlperzeptionen und daraus erwachsenden Enttäuschungen führen könnte.

Diese grundsätzlichen Überlegungen beziehen sich freilich weniger auf die Gegenwart als auf die Zukunft. Denn nach der erwartungsvollen Phase des sowjetisch-deutschen Vertrags vom November 1990 und der gemeinsamen Grundsatzklärung Jelzin-Kohl vom November 1991 sind die russisch-deutschen Beziehungen im bilateralen Bereich gegenwärtig eher zwiespältig.¹

Positive Impulse gaben die beiden Deutschland-Besuche Jelzins, insbesondere derjenige vom August 1994 anlässlich der feierlichen Verabschiedung der letzten Kontingente der "Westgruppe der Streitkräfte" in Deutschland. In Moskau wurde vielfach die Vermutung geäußert: Mit dem Truppenabzug wird das Interesse Deutschlands an Rußland sinken, das Land noch stärker an den Rand Europas gedrängt.² Diese Befürchtung verweist auf eine nach wie vor starke Tendenz zu einem Denken in rein militärischen Kategorien, bei dem andere, für enge Beziehungen heute weit wichtigere Felder wie Wirtschaftskooperation und enge Netzwerke zwischen den Gesellschaften als nachrangig gelten. Weiter genährt werden die Besorgnisse in Moskau durch die vielfach anzutreffende Vermutung, daß in Deutschland eine neue Generation der politischen Elite in die Verantwortung hineinwächst - eine Elite, die aufgrund ihrer politischen Sozialisation und ihrer internationalen Kontakte eher auf die euro-atlantischen Partner orientiert ist als auf das neue Rußland. Bundespräsident Herzog - und mit ihm fast die gesamte deutsche Politik und Publizistik - trat solchen Befürchtungen entschieden entgegen. Der Truppenabzug bedeute nicht - betonte Herzog -, daß Deutsche und Russen jetzt auseinandergingen, im Gegenteil: "Wir werden in Zukunft immer enger zusammenrücken, in einem Europa ohne Mauern, ohne ideologische Gräben und ohne politische Feindschaften."³

In konkreten Fragen allerdings gibt es neben positiven Aspekten auch eine Reihe von Problemen, die das russisch-deutsche Verhältnis belasten. Stichwortartig seien hier nur die folgenden Bereiche genannt:

- Das geringe Engagement Moskaus bei der zugesagten Wiederherstellung der Staatlichkeit für die Rußlanddeutschen. Dies scheint, auch in den als Alternative zur Wolgaregion anvisierten Gebieten Omsk und Altai, nicht realisierbar zu sein; ein Großteil der Rußlanddeutschen wird in ihre Urheimat emigrieren. Das schafft wechselseitige Frustrationen.
- Die vertraglich durch Moskau zugesagte, bis heute jedoch nicht verwirklichte Rückgabe deutscher Kulturgüter, die im Zuge der Kriegshandlungen in die UdSSR verbracht worden waren.

¹ Zu den bilateralen Beziehungen vgl. K. Vjatkin, *Rossija i Germanija: potencial sotrudničestva*, in: *Mirovaja konomika i meždunarodnye otnošenija* (Moskau), Nr. 4/1994, S. 103-108; sowie V. Elagin, *Rossija-Germanija: problemy i perspektivy sotrudničestva*, in: *Segodnja* (Moskau), 8.4.1994.

² Vgl. J. Baumgart, *Die Verabschiedung der russischen Streitkräfte aus Deutschland im Spiegel der russischen Medien*, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 63/1994.

³ Europa-Archiv (Bonn), Nr. 19/1994, S. D 561.

Hier müßte möglichst rasch eine Lösung angestrebt werden, da ein anhaltender Dissens in dieser Frage das politische Klima zwischen Rußland und Deutschland vergiften würde.

- Der illegale Handel mit Nuklearmaterial, der nach amtlicher Bonner Auskunft aus dem Raum der früheren Sowjetunion nach Deutschland hinein erfolgt. Ihm soll durch engere Zusammenarbeit zwischen beiden Abwehrdiensten entgegengewirkt werden, doch scheint es hier - milde ausgedrückt - Mißverständnisse zu geben, die das bilaterale Verhältnis stören.
- Schließlich die russische Blockade gegenüber den Bonner Bemühungen, in Kaliningrad/Königsberg ein deutsches Generalkonsulat einzurichten. Die Verantwortlichen in Deutschland verstehen gut das Pochen Moskaus auf Sicherung der territorialen Integrität Rußlands; sie sind überhaupt nicht an einem Zerfall des Landes interessiert, denn dies würde unter vielen Aspekten über Ostmitteleuropa hinaus die Sicherheit Deutschlands in hohem Maße gefährden. Wohl aber sind sie daran interessiert, daß sich das Kaliningrader Gebiet als fester Bestandteil der Russischen Föderation durch Zusammenarbeit in den baltischen Raum integriert.

Wie auf politischem, so ist auch auf wirtschaftlichem Felde die Bilanz der russisch-deutschen Beziehungen unter Jelzin gemischt. Auch hierzu nur einige Stichworte. Auf der einen Seite bildet Deutschland, wie bereits erwähnt, mit einem Warenumsatz von 23 Mrd. DM 1994 den weltweit größten Handelspartner Rußlands. 13,5 Prozent der russischen Exporte gingen dabei nach Deutschland, 24,4 Prozent der Importe kamen aus Deutschland. Positive Impulse vermittelt nach gewissen Anlaufschwierigkeiten auch das Programm der Bundesregierung zur technischen Beratung, das sich auf das Gebiet Moskau, auf Stadt und Gebiet St. Petersburg bzw. Leningrad sowie auf die Gebiete Tjumen und Wladimir konzentriert. Dagegen bewegen sich die deutschen Direktinvestitionen in Rußland, die für Innovation und internationale Wirtschaftsverflechtung des Landes langfristig wichtiger sind als öffentliche Kredite, mit 31 Mio. DM 1993 weiterhin auf äußerst niedrigem Niveau (wobei manche investive Leistungen der Bundesrepublik statistisch freilich nur unzureichend erfaßt sind). Die Gründe hierfür liegen in den bekannten mangelnden Rahmenbedingungen in Rußland, dessen Führung ganz offensichtlich die Bedeutung eines attraktiven Investitionsklimas weiterhin unterschätzt und Direktinvestitionen in den Regionen zumindest nicht fördert. Jedenfalls liegen viele deutsche Investitionsprojekte insbesondere im Rohstoff- und Energiebereich sowie bei der verarbeitenden Industrie vorläufig auf Eis.

So ist zu vermuten, daß die Direktinvestitionen russischer Unternehmen in Deutschland (und hier insbesondere in Ostdeutschland) derzeit größer sind als deutschen Investitionen in Rußland. Weil Art und Umfang russischer Direktinvestitionen weniger bekannt sind, seien dazu hier als Beispiele genannt: Der Einstieg von Rosneft bei den Leunawerken mit einer Beteiligung von 23 Prozent; das Engagement von Gasprom mit einer 35-Prozent-Beteiligung bei BUNA; der Kauf der Papierfabrik Pirna durch die Sokolniki-Gruppe mit einer Investitionsauflage von über 300 Mio. DM; das Angebot der Textilvereinigung Rostekstil zum Einstieg bei der Märkischen Faser; der Kauf der Firma Addidol Mineralöl durch ein Unternehmen aus Baschkortostan.¹ Nimmt man die in Deutschland investierten Fluchtgelder hinzu - sie werden auf jährlich rund 100 Mio. DM geschätzt -, so kommt man zu dem überraschenden Ergebnis: Russische Unternehmen tragen in nicht geringem Maße zum "Aufschwung Ost" bei. Jedenfalls sieht das russische Kapital ganz offensichtlich gerade in Deutschland eine geeignete Ausgangsbasis, um durch Direktinvestitionen in komplementären, meist energienahen westlichen Unternehmen im Westen überhaupt Fuß zu fassen.

Ganz wichtig für die breitere Fundierung einer Partnerschaft Rußland-Deutschland ist schließlich etwas, was beide Totalitarismen als geschlossene Systeme ganz bewußt strikt unterbunden hatten: die spontane und massenhafte Begegnung der Menschen beider Länder, die vielfältige Zusammenarbeit zwischen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen und Vereinigungen. Auch in Westeuropa waren es nicht allein diplomatische Akte und wirtschaftliche Interdependenzen, die das Zusammenwachsen der

¹ Vgl. hierzu H.-H. Höhmann/Chr. Meier, Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen: Stand, Probleme, Perspektiven. Teil II. Bereiche, Tendenzen, Szenarien, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 56/1994, S. 11f.; sowie VWD Osteuropa (Eschborn), Nr. 79/25.4.1994, S. 2.

Länder förderten und alte "Erbfeindschaften" überwinden. Nicht minder wichtig hierfür war das, was der Moskauer und Kölner Weltbürger Lew Kopelew die spontane "Volksdiplomatie" genannt hat: die eng geknüpften Netzwerke zwischen Personen, Gruppen und Organisationen unterhalb der offiziellen staatlichen Ebene.¹ Ansätze für solche Begegnungen "von unten" sind auf vielen Feldern vorhanden, beispielsweise in Form von Städtepartnerschaften, kulturellen Initiativen oder von Vorüberlegungen zur Bildung eines dezentral angelegten russisch-deutschen Jugendwerks. Die beiderseitige Förderung dieser Ansätze wäre zweifellos eine wichtige Investition in die Zukunft, da sie gerade die jungen Generationen zusammenführen.

Realismus statt überhöhter Erwartungen

Die Anfangsphase der deutsch-russischen Beziehungen nach der Vereinigung Deutschlands war, wie erwähnt, wechselseitig mit hohen Erwartungen verbunden. Rußland werde sich, nachdem es die Fesseln des Kommunismus abgeschüttelt habe, relativ schnell in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft entwickeln, wurde in Deutschland vielfach vermutet. Deutschland seinerseits werde nach rascher Überwindung der Einigungsprobleme ganz wesentlich zum Aufbau einer florierenden Wirtschaft in Rußland beitragen, hieß es umgekehrt nicht selten in Moskau. So entstand in der wechselseitigen Perzeption die Zukunftsvision einer Art Symbiose Rußland-Deutschland - gleichsam als positives Gegenbild zu der tragischen Periode von nazideutschem Vernichtungskrieg und zwei Varianten des Totalitarismus. Solche Zukunftsvisionen sind unrealistisch und sogar gefährlich, da sie auf beiden Seiten fast zwangsläufig zu Rückschlägen und Enttäuschungen führen müssen. Welches sind die Ausgangsbedingungen für den Erfolg einer langfristig angelegten Politik von Partnerschaft und Kooperation zwischen Deutschland und Rußland?

Deutschland sollte vorschnelle Negativurteile vermeiden und sich immer wieder vor Augen führen, daß im neuen Rußland noch auf längere Zeit kein Konsens über Grundwerte und nationale Identität herrschen wird.² Rußland ist in eine Phase des Übergangs eingetreten, in der unterschiedliche und sogar gegensätzliche Ansätze nebeneinander existieren: alte und neue politisch-kulturelle Tendenzen; Elemente von Freiheit und Autoritarismus; Ansätze von Marktwirtschaft und Rückfälle in staatliche Wirtschaftslenkung; Pochen auf Zentralismus und Streben nach regionaler Autonomie; Konzepte traditionellen Großmachtverhaltens und Ansätze zu pragmatischer Realpolitik im Zeichen von Partnerschaft und Kooperation. Angesichts der Offenheit der Entwicklungen in Rußland geht es darum, die negativen Aspekte nicht von vornherein zu verabsolutieren, sondern die Fähigkeit der russischen Gesellschaft zu weiterer Evolution nicht auszuschließen. Insofern ist es richtig, wenn Bundeskanzler Kohl davor warnte, die Schwierigkeiten der komplexen Transformationsprozesse in Rußland mit westlichen Maßstäben zu messen, und wenn er daher betonte: "Es geht hierbei um die Praxis und nicht um abstrakte Themen, die Studenten und Politologen tagtäglich in den Universitäten des Westens diskutieren."³ Gleichwohl sollten deutliche Warntafeln für den Fall aufgestellt werden, daß Rußland weiterhin international vereinbarte Normen und Abmachungen verletzt. Wichtig wären darüber hinaus permanente Kontakte mit Repräsentanten der kritischen Reformkräfte in Rußland - der Empfang von Jabloko-Chef Jawlinskij durch Bundeskanzler Kohl und Oppositionsführer Scharping bildete hier ein deutliches Signal.⁴

Rußland seinerseits sollte die Fähigkeit Deutschlands zu materieller Unterstützung der Reformprozesse nicht überschätzen: Deutschland wird sich - nicht nur materiell - noch längere Zeit auf die Folgen der Vereinigung konzentrieren. Darüber hinaus sieht es sich zunehmendem Konkurrenzdruck auf den Welt-

¹ So in seinem Beitrag: Deutsche und Russen in Europa, in: B. Faulenbach/M. Stadelmaier (Hrsg.), Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917-1991, Essen 1993, S. 19-31, hier S. 31.

² Hierzu und zum Folgenden H. Vogel et al., Rußland und Deutschland sollten sich nicht überfordern, in: Frankfurter Rundschau, 6.3.1995 (russ. Fassung in: Segodnja, 15.3.1995).

³ Interview zum Abschluß seines Moskau-Besuchs, Itar-Tass, 22.11.1993.

⁴ Vgl. das Jawlinskij-Interview: Annäherung an Rußland mit heißem Herz und kühlem Verstand, Frankfurter Rundschau, 10.3.1995.

märkten gegenüber, der zu einschneidenden Wirtschaftsstrukturereformen zwingt und zu erheblichen sozialen Spannungen führen könnte. Im übrigen sollten in Rußland keine Mißverständnisse entstehen, wenn Deutschland nicht nur als Partner, sondern gegebenenfalls auch als Widerpart auftritt. Ein Beispiel ist der Tschetschenienkonflikt: Rußland hat sich verpflichtet, sich auch im eigenen Land im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte strikt an jene Verpflichtungen zu halten, die das Land im Rahmen der KSZE unterzeichnet hat und die der Beitritt zum Europarat sowie der Partnerschaftsvertrag mit der Europäischen Union implizieren. Die Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen würde zweifellos zu starken Irritationen in den deutsch-russischen Beziehungen führen. Jedenfalls wird Deutschland in ähnlichen Fällen wie Tschetschenien gemeinsam mit der internationalen Staatenwelt auch in Zukunft kritische Fragen an Rußland richten, denn die anvisierte gesamteuropäische Friedensordnung kann nicht auf Unterdrückung nationaler Minderheiten und Verletzung der Menschenrechte gründen.

Die Reaktion der Jelzin-Führung auf die Entscheidungen von Europäischer Union und Europarat unterstreicht, daß ihr die Reaktion im Westen keineswegs gleichgültig ist.¹ Jede russische Regierung wird nicht nur aus ökonomischen Gründen an Zusammenarbeit mit dem Westen interessiert sein, "keine russische Führung wird die ungebremsste Selbstisolierung Rußlands gegenüber dem Westen und seine einseitige außenpolitische Orientierung nach Osten zum Programm erheben".² Allerdings läuft Rußland gegenwärtig Gefahr, aus seinem politisch, wirtschaftlich und militärisch geschwächten Großmachtstatus heraus Sonderrechte zu beanspruchen und daraus Handlungsoptionen abzuleiten, durch die sich das Land schließlich selbst isoliert. Würden die Russen mit ihren jüngsten Drohungen Ernst machen - unterstrich Außenminister Kinkel -, so "bedeutet dies das Ende der bisherigen Zusammenarbeit mit dem Westen auch in anderen Bereichen".³

Szenarien

In der vorangegangenen Aktuellen Analyse wurde auf folgenden zentralen Tatbestand verwiesen: Rußlands historische Probleme liegen großenteils darin, daß es der äußeren Machtentfaltung Vorrang gab vor der inneren Modernisierung des Landes. Heute steht Rußland - zugespitzt ausgedrückt - erneut vor der Wahl, seine Größe als dynamischer Reformstaat oder als furchteinflößender Militärstaat zu gewinnen. Russischen Angaben zufolge ist Rußlands politische Elite - bei allen Varianten innerhalb der Großgruppen - in Vertreter gerade dieser beiden Richtungen geteilt, wobei sich zugleich ein fragiler Konsens auf der Basis eines unterschiedlich stark ausgeprägten Nationalismus abzeichnet.⁴ Was bedeutet dies für die Zukunft der russisch-deutschen Beziehungen? Welche Szenarien sind angesichts der äußerst labilen Bestimmungsfaktoren der russischen Entwicklungen denkbar?

Ein *optimistisches Szenario* ist gekennzeichnet durch erfolgreiche Systemtransformation und zügigen Strukturwandel. Dabei formieren sich entlang spezifischer Werteorientierungen und sich verfestigender Interessengruppen stabile politische Parteien mit tatsächlichem Einfluß auf die Exekutive. Insgesamt konzentriert Rußland seine Energie auf die innere Entwicklung und strebt im Verhältnis zu den GUS-Staaten integrative Beziehungen ohne Zwangsausübung an. Als selbstbewußte und respektierte Großmacht vertritt Rußland zwar seine spezifischen nationalen Interessen, doch geschieht dies in partnerschaftlicher Kooperation mit dem Westen. Ein solches Szenario, das die Voraussetzungen für ein gefestigtes Partnerschaftsverhältnis Rußland-Deutschland schaffen würde, schien den politischen Eliten beider Länder 1991/92 durchaus möglich. Heute jedoch ist es eher unwahrscheinlich, da ihm wesentliche Bestimmungsfaktoren in Rußland entgegenstehen.

¹ Siehe hierzu meinen Beitrag: Tschetschenien, Rußland und Europa. Teil 2: Die Reaktion Moskaus auf die Kritik von Europarat und Europäischer Union, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 34/1995.

² So G. Simon, Der Krieg in Tschetschenien - Folgen für Rußland. Fünf Thesen, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 7/1995, S. 5.

³ "Leider hat Moskau immer noch Angst", Interview mit dem Spiegel (Hamburg), Nr. 15/10.4.1995, S. 20.

⁴ Vgl. hierzu S. Ėgrov, Change and continuity of Russia's perceptions of its national interests and Germany's role, Manuskript, Moskau 1995; sowie V. Solovej, "Nacionalizacija" režima budet prodolžat'sja, in: Nezavisimaja gazeta (Moskau), 3.1995.

In einem *pessimistischen Szenario* kumulieren sich in Rußland wirtschaftlich-sozialer Abschwung, Zusammenbruch der Infrastrukturen, ökologische Katastrophen, Ausbreitung organisierter Kriminalität. Es kommt - unter Mitwirkung des Militärs - zur Etablierung eines autoritär-nationalistischen Regimes mit folgenden zentralen Programmpunkten: Rückkehr zu staatsgelenkter Wirtschaft bei gesicherter Grundversorgung; Forcierung einer abgestuften Politik neoimperialen Zuschnitts gegenüber den Ländern der GUS, des Baltikums und Ostmitteleuropas; eine von Protektionismus und verstärkter Machtprojektion geprägte Politik gegenüber dem sogenannten "fernen Ausland". Möglicherweise würde ein solches Regime zu Lasten Ostmitteleuropas ein Sonderarrangement mit Deutschland suchen, wie es Shirinoswkij und andere Vertreter der "Nationalpatrioten" in ihren geopolitischen Phantasien gelegentlich vorschlagen. Auch dieses Szenario, das Deutschland gemeinsam mit seinen Verbündeten zweifellos zum Abbruch al-

ler Bemühungen um Partnerschaft mit Rußland, möglicherweise sogar zu einer Politik des Neo-Containment veranlassen würde, ist wenig wahrscheinlich. Angesichts der Prozesse von gesellschaftlicher Differenzierung, politischer Demokratisierung und regionaler Autonomisierung wäre es nur unter hohen Kosten und kaum dauerhaft durchsetzbar.

Am wahrscheinlichsten scheint ein *drittes Szenario*. Gekennzeichnet ist es durch einen transformationspolitischen Stop-and-go-Prozeß ohne stabiles Profil auf seiten der Machtträger sowie durch eine permanente Selbstanpassung der Gesellschaft. Statt der schwachen politischen Parteien werden es die großen Interessengruppen der staatlichen und privaten Wirtschafts- und Finanzwelt sein, die die Exekutive zu beeinflussen suchen, allerdings in unterschiedliche Richtungen. Stichworte sind: Beibehaltung eines starken Staatssektors versus Forcierung der Privatisierung; Staatsinterventionismus versus Stimulierung der Marktkräfte; Protektionismus versus außenwirtschaftliche Öffnung des Landes. In den Außenbeziehungen strebt Rußland diesem Szenario zufolge keine Wiederherstellung der alten Union an, sondern beschränkt sich unter Anwendung dosierten Drucks auf die Wiedergewinnung von politischem, wirtschaftlichem und militärischem Einfluß in den Ländern der GUS. Vom Westen erwartet Rußland, daß es als Großmacht mit spezifischen Interessen und daraus abzuleitenden Sonderrechten respektiert sowie als solche an der Entwicklung einer neuen europäischen Architektur angemessen beteiligt wird. Dabei schwankt das Land - auch im Hinblick auf übergreifende Werte und Normen wie Demokratie, Pluralismus, Menschenrechte - zwischen zwei Richtungen: einerseits einer Politik der Anbindung an Europa, an seine Institutionen und Organisationen, und andererseits dem Streben, als eurasische Macht den Kern einer *eigenen* transkontinentalen Einflußzone zu bilden.

Für die russisch-deutschen Beziehungen bedeutet dieses Szenario: Sowohl auf bilateraler Ebene als auch im Rahmen der internationalen Organisationen wird das Verhältnis immer wieder von wechselseitigen Belastungen und Irritationen geprägt sein. Gleichwohl gibt es zwischen Rußland und Deutschland objektiv gesehen so viele gemeinsame Interessen, daß beide Seiten - auch Rußland - sie immer wieder zum Anlaß für enge Zusammenarbeit nehmen werden. Für Deutschland jedenfalls gilt - in den Worten von Außenminister Kinkel: "Solange Rußland ja zu Europa sagt, sagen wir nicht nein zu Rußland!"¹

Heinz Timmermann

¹ Chancen für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Rußland, Rede vor dem Deutsch-Russischen Forum am 4.2.1994, in: Bulletin (Bonn), Nr. 14/9.2.1994, S. 125.